Studierendenwerke Nordrhein-Westfalen

Vollständige Stellungnahme (Mailverlauf) der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW (ARGE) an die SPIEGEL Journalistin Sophie Burkhart zum Umgang der ARGE mit der AfD

Von: Holtwisch, Dr. Christoph
Gesendet: Mittwoch, 25. März 2026 12:47
An: Burkhart, Sophie
Betreff: AW: SPIEGEL-Anfrage

Sehr geehrte Frau Burkhart,

ergänzend muss ich Ihnen mitteilen, dass Frau Eisentraut ihr Gesprächsangebot (letzter Satz ihrer gestrigen E-Mail: „Ich halte einen transparenten Austausch über den Sachverhalt für dringend erforderlich und stehe Ihnen für Rückfragen oder ein weiterführendes Gespräch jederzeit gern zur Verfügung.“) nun mit heutiger E-Mail von ca. 12.20 Uhr leider wieder relativiert hat.

Sie fühlt sich durch unsere Bitte nach Terminvorschlägen „missverstanden“ und ist erst dann bereit, der ARGE-NRW Terminvorschläge zu senden, wenn diese „sich klar und deutlich von der AfD-Fraktion distanziert“ hat.

Auf Seiten der ARGE-NRW besteht selbstverständlich und ohne Vorbedingungen weiterhin die Bereitschaft zum Gespräch mit Frau Eisentraut.

Besten Gruß

Christoph Holtwisch
(für die ARGE)

Von: Holtwisch, Dr. Christoph
Gesendet: Mittwoch, 25. März 2026 12:01
Betreff: AW: SPIEGEL-Anfrage

Sehr geehrte Frau Burkhart,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage, die ich gerne wie folgt beantworte:

1. **Die Ihnen vorliegende E-Mail vom 03.02.2026 an die wissenschaftspolitische Sprecherin der GRÜNEN im NRW-Landtag dürfte die wesentlichen Fragen eigentlich schon beantworten:**

Sehr geehrte Frau Eisentraut,

wenn Sie unterstellen, dass die NRW-Studierendenwerke entgegen einer „Praxis der vergangenen Jahre“ nun eine politische „Brandmauer“ mit der AfD-Landtagsfraktion „durchbrechen“, ist das schon deshalb nicht der Fall, weil wir auch in der Vergangenheit durchgängig im Gespräch mit allen im NRW-Landtag vertretenen Fraktionen waren, also auch der AfD. Dieser Austausch bedeutet nicht, dass damit

die politischen Positionen der AfD von der ARGE gebilligt werden – ebenso wenig, wie die ARGE durch einen anderweitigen Austausch andere parteipolitische Positionen billigt, weil wir ja parteipolitisch neutral sind. Vielmehr geht es darum, mit allen relevanten politischen Kräften im Landtag im Gespräch zu sein und zu bleiben, um die Interessen der Studierenden und der Studierendenwerke möglichst stark zu vertreten.

Dass der Verfassungsschutz, der als eine Behörde des Bundes-Innenministeriums ein Teil der Exekutive ist, die AfD inzwischen als „gesichert rechtsextremistisch" einstuft, ändert an dieser Haltung nichts, weil eine abschließende Prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD und ein – mit noch höheren Hürden versehenes – eventuelles Parteiverbot nur durch das Bundesverfassungsgericht als dafür vorgesehener Teil der Judikative erfolgen kann. Bis dahin haben die AfD-Abgeordneten im Parlament rechtlich die gleiche Legitimation und Funktion wie alle anderen Abgeordneten, weshalb wir sie auch nicht gänzlich anders behandeln wollen. Dabei ist auch zu beachten, dass die AfD keine marginale und deshalb ggf. zu vernachlässigende politische Kraft ist, sondern die größte Oppositionsfraktion im deutschen Bundestag, die auch im Landtag NRW Fraktionsstatus hat.

In NRW ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass auch der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses des Landtags der AfD-Fraktion angehört. Der Austausch der ARGE und ihres Sprecherteams mit allen Fraktionen des Landtags, auch der AfD, sowie den früheren Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses war bis heute durchgängig professionell und unproblematisch. Es ist deshalb für uns kaum darstellbar, nun den Austausch mit einer legitimerweise am politischen Prozess teilnehmenden Fraktion und dem durch seine Funktion auch innerhalb des Gremiums Wissenschaftsausschuss noch einmal besonders legitimierten Ausschussvorsitzenden abzubrechen.

Selbstverständlich haben wir nach der neuen Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz innerhalb der ARGE intensiv über unseren Umgang mit dieser Fraktion diskutiert. Im Ergebnis wurde jedoch im vergangenen Jahr beschlossen, bei der bisherigen o. g. Linie zu bleiben. Bei aller politischen Zurückhaltung gegenüber der AfD werden wir also weiterhin die Funktionen und Rollen der AfD-Vertreter respektieren, womit z. B. eine „Brandmauer" gegenüber dem Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses nicht vereinbar wäre.

Wir akzeptieren selbstverständlich Ihr Unverständnis, haben jedoch die Hoffnung, dass Sie auch unsere Haltung nachvollziehen können. Über ein Gespräch mit Ihnen – auch zu dieser Thematik – freuen wir uns immer und bitten ggf. um Terminvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Holtwisch

(für die ARGE)

Ergänzend zu dieser E-Mail ist darauf hinzuweisen, dass das Verwaltungsgericht Köln per Eilentscheidung am 26.02.2026 verfügt hat, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD bis zum Abschluss des anhängigen Hauptsacheverfahrens nicht als „gesichert rechtsextremistisch" einstufen

und behandeln darf. Eine Sonder-Behandlung der AfD durch die ARGE-NRW wäre damit inzwischen noch weniger zu rechtfertigen, als das schon zum Zeitpunkt der E-Mail der Fall war.

2. Ihre Frage: „Wie weit reicht dieser Austausch mit der AfD?“

Der regelmäßige Austausch mit der AfD reicht aus den in der E-Mail genannten Zielen genauso weit wie der zu allen anderen Fraktionen im NRW-Landtag. Konkret bedeutet dies, dass es schon seit 2018 ungefähr einmal pro Jahr ein Fachgespräch bzw. eine Videokonferenz mit den wissenschaftspolitischen Sprechern aller Fraktionen gibt, also auch dem Sprecher der AfD – der in den letzten Jahren und aktuell sogar immer Vorsitzender des NRW-Wissenschaftsausschusses war bzw. ist. Das als Rechtsaufsicht für die Studierendenwerke zuständige Ministerium (MKW) war darüber von Anfang an informiert und billigte dieses Vorgehen ausdrücklich, gerade mit Hinweis darauf, dass der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses nicht ignoriert werden kann. Diese Gespräche bedeuten dabei weder Zustimmung noch Unterstützung, sondern dienen ausschließlich dem Austausch; gerade bei Positionen, die wir nicht teilen, ist es wichtig, unsere Perspektiven klar einzubringen.

Konkreter Anlass der E-Mail ist darüber hinaus eine Kritik der wissenschaftspolitischen Sprecherin der GRÜNEN daran, dass ein von der ARGE-NRW beauftragtes Gutachten zur Stärkung der Hochschulgastronomie (SODA) am 26.01.2026 vom Referenten der ARGE-NRW zur Information u. a. an alle wissenschaftspolitischen Sprecher gesendet wurde, wobei der AfD-Sprecher (zugleich Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses) nicht ausgenommen wurde. Diese Kritik ist für uns irritierend, weil auch ein dem vorangegangenes Gutachten zur allgemeinen Stärkung der Studierendenwerke (HIS-HE), das allerdings nicht von den Studierendenwerken, sondern vom zuständigen Ministerium (MKW) in Auftrag gegeben worden war, breit in der wissenschaftspolitischen Öffentlichkeit – unter Einbeziehung der AfD – geteilt worden war; an diesem Maßstab haben wir uns auch bei der Kommunikation unseres Gutachtens orientiert.

Einen darüber hinausgehenden Austausch mit der AfD-Fraktion gibt es nicht, ebenso wenig wie mit allen anderen Oppositionsfraktionen. Der Austausch mit den regierungstragenden Fraktionen CDU und GRÜNE ist naturgemäß punktuell etwas intensiver, weil durch diese z. B. eine Einbindung der ARGE-NRW bei Gesetzesvorhaben hinzukommt.

3. Ihre Frage: „Wieso halten Sie es als Vertreter der ARGE für notwendig, die AfD einzubeziehen?“

Auftrag der ARGE-NRW ist es, die Interessen der Studierenden und der Studierendenwerke möglichst stark zu vertreten. Dafür müssen wir mit allen relevanten Kräften im NRW-Landtag im Gespräch sein und bleiben, zu denen auch die AfD gehört. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses des Landtags der AfD-Fraktion angehört; er ist vom Landtag in dieser Funktion besonders legitimiert, was von der ARGE-NRW als parteipolitisch neutraler gesellschaftlicher Organisation nicht in Frage zu stellen ist.

Verfasser: Dr. Christoph Holtwisch, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW
Kontakt: arge@studierendenwerke-nrw.de
Stand: 29. März 2026

4. Ihre Frage: „In der uns vorliegenden Mail argumentieren Sie, dass die AfD eine „relevante Kraft“ sei. Dabei will keine andere politische Kraft in NRW mit ihr zusammenarbeiten, sodass sie keine exekutive oder legislative Macht hat. Wieso ist die AfD dennoch für Sie relevant?“

Ob eine politische Kraft „relevant“ ist, entscheidet in einer Demokratie der Wähler – und nicht die politische Konkurrenz. Die AfD ist die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag und hat auch im Landtag NRW Fraktionsstatus, so dass sie keine marginale und deshalb ggf. zu vernachlässigende politische Kraft ist. Dass die AfD im Landtag keine „exekutive Macht“ hat, teilt sie mit allen Oppositionsfraktionen, ist also keine Besonderheit der AfD. „Legislative Macht“ hat die AfD hingegen durchaus, stehen ihren Abgeordneten doch vollständig die gleichen parlamentarischen Rechte zu wie allen anderen Abgeordneten. Speziell im Wissenschaftsausschuss ist die AfD darüber hinaus auch deshalb „relevant“, weil der wissenschaftspolitische Sprecher der AfD dort der vom Landtag legitimierte Ausschussvorsitzende ist. Darüber hinaus wirken Parteien auch über parlamentarische Debatten, Ausschüsse und öffentliche Meinungsbildung. Für unsere Arbeit ist es daher sinnvoll, unsere Positionen gegenüber allen im Landtag vertretenen Kräften zu kommunizieren, um studierendenrelevante Themen möglichst breit einzubringen.

5. Ihre Frage: „Wieso wollen Sie die „Funktionen und Rollen der AfD-Vertreter respektieren“, wie Sie es in der Mail formulieren, wenn die AfD weder die Wissenschaftsfreiheit noch andere demokratische Freiheiten respektiert, die dem Studierendenwerk wichtig sein dürften?“

Dass die AfD „weder die Wissenschaftsfreiheit noch andere demokratische Freiheiten respektiert“, ist eine politische Bewertung, die in dieser Pauschalität nicht unumstritten ist. Wir respektieren die Funktionen und Rollen der AfD-Vertreter, weil diese – wie alle anderen Abgeordneten – sowohl politisch (durch den Wähler) als auch rechtlich (z. B. durch die Landesverfassung NRW) vollumfänglich legitimiert sind, am politischen Prozess teilzunehmen. Auch die Besetzung von Ausschussvorsitzen erfolgt auf Grundlage parlamentarischer Verfahren und entsprechender Legitimation durch das Parlament. Vor diesem Hintergrund ist es für eine parteipolitisch neutrale Interessenorganisation geboten, diese demokratischen und rechtlichen Grundlagen konsistent zu berücksichtigen und nicht selektiv infrage zu stellen. Dies gilt insbesondere für Organisationen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, bei denen ein formales und sachliches Vorgehen erforderlich ist. Wir sprechen nicht mit Parteien, sondern mit Funktionsträgern (Landtags- und Ausschussmitglieder). Eigene inhaltliche Positionen, etwa zur Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit und demokratischen Grundprinzipien, können und sollen dabei im fachlichen Austausch vertreten werden. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass individuelle politische Präferenzen innerhalb einer Organisation nicht über die demokratischen und institutionellen Legitimationen von gewählten Vertretern gestellt werden dürfen. Wir sind nicht das Bundesverfassungsgericht, das allein eine Verfassungswidrigkeit der AfD verbindlich feststellen, sie ggf. verbieten und damit aus dem politischen Wettbewerb nehmen könnte.

Verfasser: Dr. Christoph Holtwisch, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW
Kontakt: arge@studierendenwerke-nrw.de
Stand: 29. März 2026

6. Zum Vorgehen

In der kritischen E-Mail von Frau Eisentraut vom 02.02.2026 hatte sie noch betont, dass sie gerne zeitnah mit uns zu der Thematik ins Gespräch kommen wollte. In unserer Antwort-E-Mail vom 03.02.2026 haben wir diesen Gesprächswunsch sofort angenommen und um Terminvorschläge gebeten. Auf diese E-Mail erfolgte leider keine direkte Reaktion von Frau Eisentraut mehr. Ihr Referent teilte allerdings am 17.02.2026 dem ARGE-Referenten mit, dass Frau Eisentraut nun doch kein Gespräch mehr mit uns wünsche – zu dem wir selbstverständlich weiterhin gerne bereit waren. Gestern Abend – erst nach Ihrer SPIEGEL-Anfrage – erreichten das ARGE-Sprecherteam und alle Geschäftsführungen der NRW-Studierendenwerke dann gegen 20.50 Uhr überraschend eine E-Mail von Frau Eisentraut, in der sie nun doch wieder einen Gesprächs-Austausch zu der Thematik wünscht. Auf diesen Gesprächswunsch sind wir selbstverständlich wieder direkt eingegangen und haben Frau Eisentraut erneut um Terminvorschläge gebeten. In ihrer E-Mail betont Frau Eisentraut noch einmal, dass für sie eine „Brandmauer im Wissenschaftsbereich“ besondere Bedeutung hat. Sie verbindet das mit der klaren Aussage, dass sie ihre Zusammenarbeit mit der ARGE-NRW vorerst ruhen lässt, solange diese auch mit der AfD spreche.

Durch externe Hinweise haben wir zur Kenntnis genommen, dass Frau Eisentraut in den vergangenen Wochen bei verschiedenen Gelegenheiten Kritik an der Position der ARGE-NRW geäußert hat. In diesem Zusammenhang wurde unsere E-Mail offenbar auch – ohne vorherige Information an uns – an mehrere Presseorgane weitergeleitet. Wir bedauern dieses Vorgehen, weil wir einen direkten und sachlichen Austausch als zielführender für die Klärung unterschiedlicher Positionen ansehen. Zugleich respektieren wir selbstverständlich nicht nur die parlamentarische Rolle von Frau Eisentraut, sondern auch ihre politische Position. Gleichzeitig halten wir es für wünschenswert, dass auch unsere – bewusst ausführlich und sachlich begründete – Position im Dialog angemessen berücksichtigt wird. Aus unserer Sicht ist ein offener und gleichberechtigter Austausch zwischen Organisationen und allen demokratisch legitimierten Abgeordneten ein wesentlicher Bestandteil parlamentarischer Praxis. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns befremdlich, dass der Eindruck entstehen kann, eine Abgeordnete einer Regierungsfraktion versuche auf unterschiedliche Art und Weise, den Austausch einer Organisation mit Oppositionsabgeordneten – die politisch und rechtlich ebenso legitimiert sind – zu beeinflussen oder deren gleichberechtigte Information einzuschränken.

Wie bereits in der E-Mail vom 03.02.2026 geschildert, haben wir in der ARGE-NRW unter den Geschäftsführungen intensiv und durchaus kontrovers über unseren Umgang mit der AfD diskutiert – nicht anders, als das ja auch insgesamt in der Gesellschaft geschieht. Meine heutige Stellungnahme als ARGE-Sprecher beruht auf dem im vergangenen Jahr getroffenen Mehrheits-Beschluss, bei aller politischen Zurückhaltung gegenüber der AfD weiterhin die Funktionen und Rollen der AfD-Vertreter zu respektieren. Unsere interne Diskussion zu dieser Thematik innerhalb der ARGE-NRW ist damit natürlich nicht abgeschlossen, sondern wir werden sicherlich zeitnah unsere Positionierung noch einmal kritisch hinterfragen, schätzen wir den offenen Diskurs doch nicht nur im Parlament, sondern auch innerhalb unserer eigenen Gremien.

Verfasser: Dr. Christoph Holtwisch, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW
Kontakt: arge@studierendenwerke-nrw.de
Stand: 29. März 2026

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Besten Gruß

Christoph Holtwisch

(für die ARGE)

Dr. Christoph Holtwisch
Geschäftsführer

Studierendenwerk Münster

Geschäftsführung
Bismarckallee 5, 48151 Münster
www.stw-muenster.de

Von: Burkhart, Sophie
Gesendet: Dienstag, 24. März 2026 17:12
An: Holtwisch, Dr. Christoph
Betreff: SPIEGEL-Anfrage

Sehr geehrter Herr Holtwisch,

ich recherchiere derzeit dazu, dass die Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke in Nordrhein-Westfalen die AfD-Landtagsfraktion wie alle anderen Fraktionen behandelt und entsprechend mit ihr im regulären Austausch ist. Eine entsprechende E-Mail von Ihnen, in der Sie dieses Vorgehen erklären, liegt uns vor. Hierzu hätte ich folgende Fragen an Sie:

- Wie weit reicht dieser Austausch mit der AfD?
- Wieso halten Sie es als Vertreter der ARGE für notwendig, die AfD einzubeziehen?
- In der uns vorliegenden Mail argumentieren Sie, dass die AfD eine „relevante Kraft“ sei. Dabei will keine andere politische Kraft in NRW mit ihr zusammenarbeiten, sodass sie keine exekutive oder legislative Macht hat. Wieso ist die AfD dennoch für Sie relevant?
- Wieso wollen Sie die „Funktionen und Rollen der AfD-Vertreter respektieren“, wie Sie es in der Mail formulieren, wenn die AfD weder die Wissenschaftsfreiheit noch andere demokratische Freiheiten respektiert, die dem Studierendenwerk wichtig sein dürften?

Für Ihre Rückmeldung bis morgen, 12 Uhr, bedanke ich mich bereits im Voraus vielmals.

Mit freundlichen Grüßen

Sophie Burkhart

--

SPIEGEL-Hauptstadtbüro

DER SPIEGEL GmbH & Co. KG
Alexanderufer 5
10117 Berlin

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Sitz und Registergericht Hamburg HRA 61755
Komplementärin Rudolf Augstein GmbH, Sitz und Registergericht Hamburg HRB 13105
Geschäftsführer Thomas Hass